

- 2 **Arbeitsmarkt** Auf den Einstieg kommt es an
- 3 **Hartz IV** Strafen mit unerwünschten Nebenwirkungen
- 4 **Europa** Erfolgsmodell Mitbestimmung
- 6 **Löhne** Plus bei der Kaufkraft
- 6 **Konjunktur** Investitionen sichern Aufschwung
- 7 **Verteilung** Jedes fünfte Kind lebt in Armut

**ALTERSSICHERUNG**

# Höhere Rente beim Nachbarn

In Österreich sind die staatlichen Renten erheblich höher als in Deutschland, wo die Riester-Reform große Lücken gerissen hat.

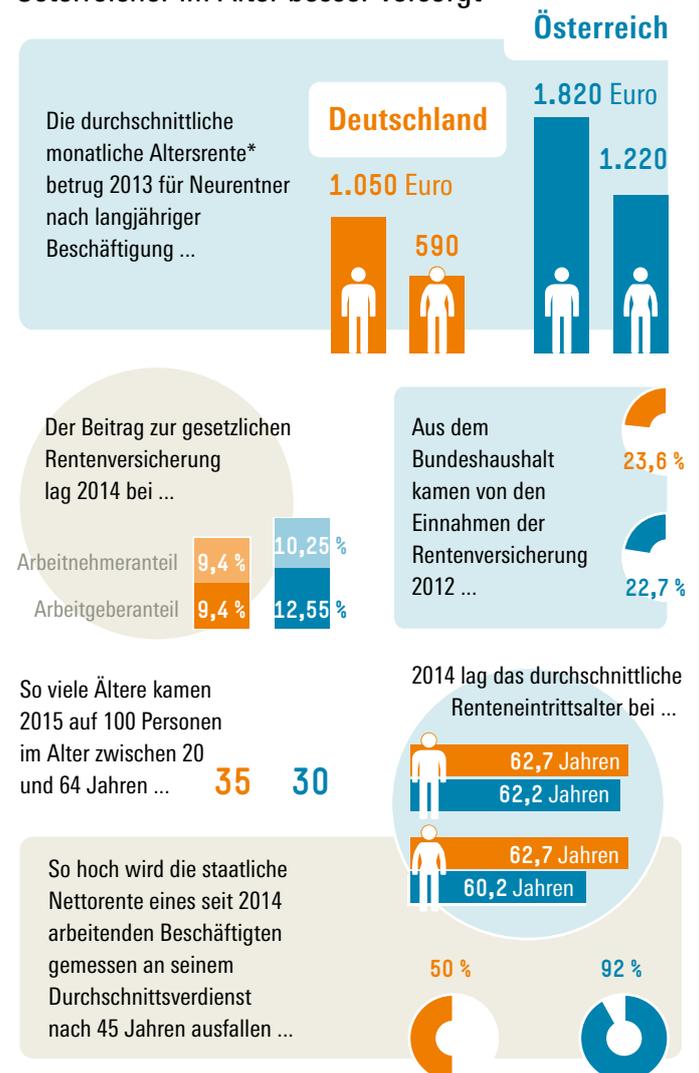
Langjährig beschäftigte Männer, die 2013 in den Ruhestand gingen, bekamen hierzulande rund 1.050 Euro monatlich aus der gesetzlichen Rentenversicherung. Österreichern mit ähnlicher Erwerbsbiografie überwies die staatliche Pensionsversicherung hingegen 1.560 Euro. Der Betrag ist nicht nur höher, sondern wird im Gegensatz zur deutschen Rente auch 14- statt 12-mal im Jahr ausgezahlt. Auf den deutschen Zahlungsrhythmus umgerechnet bekommen die Österreicher sogar 1.820 Euro im Monat. Dies geht aus einer Untersuchung von WSI, IMK und der österreichischen Kammer für Arbeiter und Angestellte hervor. Das dortige System gewährleiste „einen deutlich besseren Schutz im Alter“, schreiben die Wissenschaftler – ohne dass seine Kosten die Wirtschaft abwürgten.

Um die Jahrtausendwende, als die These en vogue war, dass kapitalgedeckte Rentensysteme der hergebrachten umlagefinanzierten Alterssicherung weit überlegen seien, geriet zwar auch die österreichische Pensionsversicherung politisch unter Druck. Zu einer massiven Senkung des Leistungsniveaus, wie sie in Deutschland mit der Riester-Reform erfolgte, kam es aber letztlich nicht. Damit sei die Alpenrepublik besser gefahren als ihr nördlicher Nachbar, konstatieren die Forscher. Denn in Deutschland hätten sich in die freiwillige kapitalgedeckte Altersvorsorge gesetzte Hoffnungen insgesamt nicht erfüllt. „Übrig geblieben ist ein System, das in Zukunft viele noch nicht einmal vor Altersarmut schützen wird“, heißt es in der Studie.

Auch wenn die Rentenbeiträge dort höher sind, habe sich Österreich wirtschaftlich nicht schlechter entwickelt. Im Gegenteil: Das Land habe seit Beginn der europäischen Währungsunion „einen balancierteren Wachstumskurs mit einem stärkeren Wachstum der Binnennachfrage“ verfolgt, so die Forscher.

Für Rentenreformer in Deutschland lohne ein Blick nach Süden allemal. Das gilt etwa für die stärkere Beteiligung der Arbeitgeber an staatlicher wie betrieblicher Altersvorsorge oder die Weiterentwicklung des Systems in Richtung Erwerbstätigenversicherung mit Angleichung der Beamtenversorgung. Als ersten Schritt empfehlen die Wissenschaftler eine Streichung des Riester-Faktors in der Rentenformel. <

## Österreicher im Alter besser versorgt



Quelle: Florian Blank u.a.: Alterssicherung in Deutschland und Österreich: Vom Nachbarn lernen?, WSI-Report Nr. 27, Januar 2016 Download: [bit.do/impuls0208](http://bit.do/impuls0208)

\*Für Österreich: Die 13. und 14. Monatsrente sind enthalten  
Quelle: WSI/IMK/AK Wien  
Grafik zum Download: [bit.do/impuls0209](http://bit.do/impuls0209) Daten: [bit.do/impuls0210](http://bit.do/impuls0210)

# Auf den Einstieg kommt es an

Schwierigkeiten in der frühen Karrierephase beeinträchtigen langfristig das Einkommen – insbesondere bei Geringverdienern. Über die Jahre ist dieser Effekt stärker geworden.

Dass Jugendarbeitslosigkeit „Narben“ hinterlässt, also noch Jahre später messbare Auswirkungen auf die Chancen am Arbeitsmarkt hat, ist gut dokumentiert. Der Ökonom Matthias Umkehrer vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hat nun nachgewiesen, dass sich dieses Problem seit den 1970er-Jahren verschärft hat. Seiner Analyse zufolge ist die Beschäftigung zu Beginn des Erwerbslebens instabiler geworden. Gleichzeitig sind die Lohneinbußen, mit denen Berufseinsteiger ohne Normalarbeitsverhältnis später rechnen müssen, gewachsen. Das gilt vor allem für Arbeitnehmer mit ohnehin geringen Verdiensten.

Umkehrer hat für seine Studie IAB-Daten zu den Erwerbsbiografien westdeutscher Männer ausgewertet, die zwischen 1977 und 2001 eine duale Ausbildung abgeschlossen haben. Dabei hat er sich auf Absolventen der Jahrgänge 1977 bis 1979, 1987 bis 1989 und 1999 bis 2001 konzentriert. Diese Kohorten sind nach seiner Einschätzung insofern vergleichbar, als sie zu einem ähnlichen Zeitpunkt im Konjunkturzyklus auf den Arbeitsmarkt gekommen sind, nämlich jeweils wenige Jahre vor einer Rezession.

Als Maß für die Beschäftigungsstabilität in der Frühphase des Berufslebens hat der Forscher die Anzahl der Tage in sozialversicherungspflichtiger Vollzeitbeschäftigung zwischen dem Anfang des zweiten und dem Ende des fünften Jahrs nach dem Abschluss summiert. Dabei zeigt sich im Zeitverlauf eine zunehmende Polarisierung: Während die erfolgreichere Hälfte der Berufseinsteiger in allen Kohorten ähnlich lange Beschäftigungsphasen aufweist, hat sich die Situation bei der anderen Hälfte merklich verschlechtert. Die Wahrscheinlichkeit, in den ersten fünf Jahren nach der Ausbildung nicht einen einzigen Tag Vollzeit zu arbeiten, ist von zwei Prozent in den 1970er- und 1980er-Jahren auf acht Prozent in den 1990er-Jahren gestiegen. Parallel dazu hat die Ungleichheit bei den Bruttolöhnen im achten Jahr nach dem Berufseinstieg deutlich zugenommen.

Das Problem: Inwieweit die Beschäftigungsstabilität zu Beginn der Erwerbstätigkeit tatsächlich ursächlich ist für die spätere Lohnentwicklung, lässt sich aus solchen Beobachtungen nicht zweifelsfrei ableiten. Denn ob Jugendliche einen sicheren Arbeitsplatz finden, dürfte auch mit ihrer Motivation und den Fähigkeiten zusammenhängen, die ihrerseits wiederum das Lohnniveau beeinflussen. Um den Einfluss der Beschäfti-

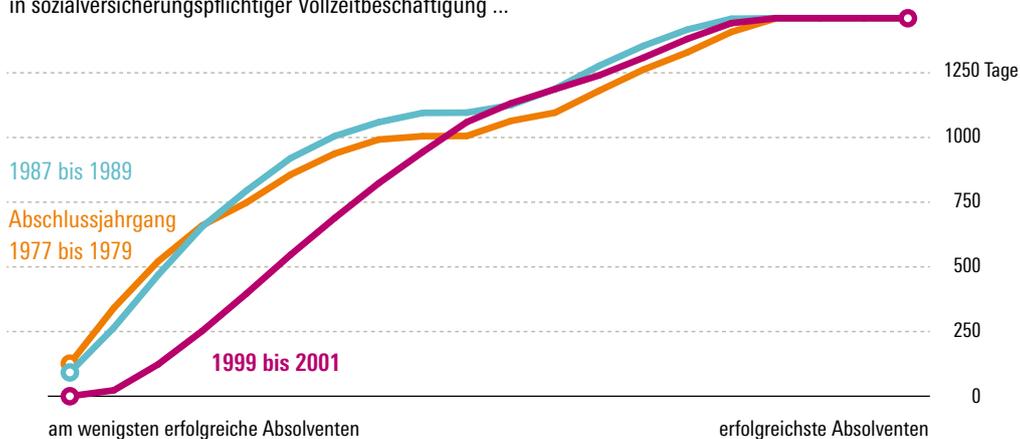
gungsstabilität statistisch zu isolieren, hat sich Umkehrer den Umstand zunutze gemacht, dass die betrachteten Personen ihre Ausbildung jeweils in der Phase vor einer Rezession beendet haben. Je später die Absolventen innerhalb der Kohorten ihren Abschluss gemacht haben, desto früher sind sie in ihrem Berufsleben in eine schwierige Situation am Arbeitsmarkt geraten, die nichts mit ihren individuellen Qualitäten zu tun hat.

## Auswirkungen auf die gesamte Karriere

Wenn man darüber hinaus Faktoren wie das Alter beim Abschluss, den Ausbildungsberuf und die Größe des Ausbildungsbetriebs herausrechnet, ergibt sich ein signifikanter Zusammenhang zwischen der Beschäftigungsstabilität in der Jugend und dem Verdienst im Erwachsenenalter. Das durchschnittliche Lohnplus, das ein zusätzliches Jahr in Vollzeit zu Beginn des Erwerbslebens später einbringt, betrug bei den 1980er-Jahrgängen 10 Prozent, bei der jüngsten Kohorte 16 Prozent. Die „Rendite“ von Beschäftigungsstabilität sei also nicht nur ökonomisch substantiell, sondern habe zudem deutlich zugenom-

## Schwieriger Berufsstart

So viele Tage waren westdeutsche Männer zwischen dem zweiten und fünften Jahr nach ihrer Berufsausbildung in sozialversicherungspflichtiger Vollzeitbeschäftigung ...



Quelle: Umkehrer 2015 Grafik zum Download: [bit.do/impuls0211](http://bit.do/impuls0211) Daten: [bit.do/impuls0212](http://bit.do/impuls0212)

Hans Böckler  
Stiftung

men, so der IAB-Wissenschaftler. Im Umkehrschluss bedeutet das: Schwierigkeiten beim Berufseinstieg unterminieren immer mehr die Karriereaussichten der Betroffenen. Insbesondere gelte das für Geringverdiener: Beim ärmsten Zehntel der 1990er-Absolventen ergibt sich eine Rendite von 21 Prozent, am oberen Ende der Lohnskala sind es nur 4 Prozent.

Politische Programme zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit könnten dazu beitragen, langfristig das Lohnwachstum zu beschleunigen, so Umkehrer. Am meisten profitieren würden davon die unteren Einkommensschichten. <

Quelle: Matthias Umkehrer: The impact of changing youth employment patterns on future wages, IAB Discussion Paper 31/2015 Download: [bit.do/impuls0213](http://bit.do/impuls0213)

# Strafen mit unerwünschten Nebenwirkungen

Sanktionen gegen Hartz-IV-Empfänger sind zum Teil kontraproduktiv: Wenn das Arbeitslosengeld gestrichen wird, steigt das Risiko, dass sich die Betroffenen komplett vom Arbeitsmarkt zurückziehen.

Zum Fördern und Fordern von Arbeitslosen, wie es die Regierung Schröder durchgesetzt hat, gehören auch Sanktionen gegen diejenigen, die das Geforderte nicht leisten. Gerard van den Berg von der Universität Mannheim, Arne Uhlendorff vom französischen CREST und Joachim Wolff vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) haben empirisch untersucht, welche Auswirkungen diese Maßnahmen bei jungen Arbeitssuchenden haben. Ihre Befunde zeigen, dass sanktionierte Hartz-IV-Empfänger zwar schneller einen Job annehmen. Allerdings müssen sie sich mit vergleichsweise geringen Löhnen zufriedengeben. Drastische Strafen begünstigen der Studie zufolge den Rückzug aus dem regulären Erwerbsleben.

Die Hartz-Gesetze sehen bei Verstößen gegen Verpflichtungen Sanktionen vor, die insbesondere bei jungen Arbeitslosen sehr hart ausfallen können. Wer jünger als 25 ist und ein Jobangebot ablehnt oder die Teilnahme an einem Programm verweigert, muss damit rechnen, dass ihm für drei Monate der Regelsatz gestrichen wird. Wenn es innerhalb von zwölf Monaten erneut zu einer Pflichtverletzung kommt, entfällt das gesamte Arbeitslosengeld, inklusive der Leistungen für Unterkunft und Heizung. Aus theoretischer Sicht sei davon auszugehen, dass solche Kürzungen einerseits den Druck auf die Arbeitslosen und damit die „Suchintensität“ erhöhen, schreiben van den Berg, Uhlendorff und Wolff. Andererseits bestehe die Gefahr, dass sich Betroffene aus dem Hartz-IV-System verabschieden und beispielsweise in Schwarzarbeit ausweichen. Solche Nachteile dürften bei der Evaluation von Sanktionen nicht unter den Tisch fallen. Dass entsprechende Probleme durchaus eine Rolle spielen, darauf deuten nach Ansicht der Ökonomen qualitative Studien hin. Mitarbeiter von Jobcentern hätten in Befragungen die Ansicht geäußert, dass sanktionierte Jugendliche auch ungeeignete Stellen akzeptieren, die für Berufseinsteiger wenig Perspektiven bieten. Arbeitslose berichten, dass sie infolge von Streichungen zum Teil weniger essen, ohne Strom auskommen oder in Obdachlosenheimen

Zuflucht suchen mussten. Aussagen einzelner Befragter deuten auf die Aufnahme illegaler Beschäftigungsverhältnisse hin.

Um etwaige Effekte quantitativ nachzuweisen, haben die Forscher IAB-Datensätze mit Informationen zu über 70.000 Männern aus Westdeutschland ausgewertet, die sich zwischen Januar 2007 und März 2008 arbeitslos gemeldet haben und zu diesem Zeitpunkt zwischen 18 und 24 Jahre alt waren. Dabei haben sie separate Schätzungen für Alleinlebende und für diejenigen durchgeführt, die sich mit anderen Personen eine Wohnung teilen. Der Hintergrund: Einbußen beim Arbeitslosengeld dürften weniger dramatische Auswirkungen haben, wenn die Betroffenen auf finanzielle Unterstützung anderer Haushaltsmitglieder zählen können. Von den Alleinlebenden wurden im Untersuchungszeitraum 14,4 Prozent mindestens einmal sanktioniert, bei den Männern in Mehr-Personen-Haushalten waren es etwa zwei Prozentpunkte weniger.

## Bezahlung niedriger, Rückzug wahrscheinlicher

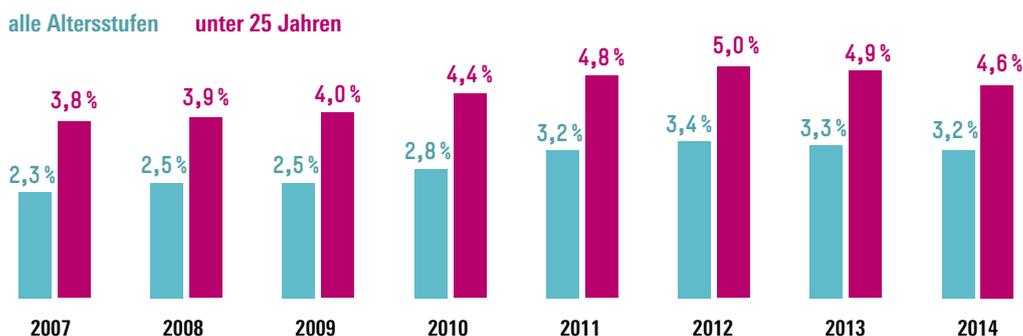
Den Berechnungen der Wirtschaftswissenschaftler zufolge beschleunigen Strafen tatsächlich die Jobsuche: Wenn Faktoren wie die Nationalität, die Qualifikation und der Wohnort der Arbeitssuchenden herausgerechnet werden, steigt die Übergangsrate in Beschäftigung bei Alleinlebenden um 109 Prozent durch eine erste und um weitere 150 Prozent durch eine zweite Sanktion. Doch das hat seinen Preis: Die Bezahlung der ergatterten Stelle ist bei einmal Sanktionierten im Schnitt um mehr als 5 Prozent niedriger. Andere verabschieden sich komplett vom regulären Arbeitsmarkt: Ein Rückzug wird durch die erste Sanktion um 286 Prozent, durch die zweite zusätzlich um mehr als 105 Prozent wahrscheinlicher. Bei den Männern aus Mehr-Personen-Haushalten fallen die Effekte wie erwartet geringer aus.

Den Autoren zufolge zeigen die Ergebnisse, dass ein Sanktionssystem wichtig ist, um Anreize zur Arbeitsuche zu gewährleisten. Allerdings deute vieles auf unerwünschte Folgen

hin, denen der Gesetzgeber durch eine Reform entgegenwirken könnte. Denkbar wäre es demnach, strenge Sanktionen abzumildern, damit Alleinlebende ausreichend Anreize haben, beim Jobcenter registriert zu bleiben. Die Obergrenze müsste so gestaltet sein, dass extreme Konsequenzen für Menschen vermieden werden, die auf Transferzahlungen angewiesen sind. <

## Junge werden öfter bestraft

Von den erwerbsfähigen Hartz-IV-Empfängern wurden sanktioniert ...



Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2015 Grafik zum Download: [bit.do/impuls0214](http://bit.do/impuls0214) Daten: [bit.do/impuls0215](http://bit.do/impuls0215)

Hans Böckler  
Stiftung

Quelle: Gerard van den Berg u. a.: Under heavy pressure: Intense monitoring and accumulation of sanctions for young welfare recipients in Germany, IAB Discussion Paper 34/2015  
Download: [bit.do/impuls0216](http://bit.do/impuls0216)

# Erfolgsmodell Mitbestimmung

Mitsprache der Arbeitnehmer ist in Europa weit verbreitet. Allerdings versuchen Firmen, sich ihren Pflichten zu entziehen. Mindeststandards auf europäischer Ebene könnten das verhindern.

In der Mehrheit der europäischen Länder gibt es Regeln, die Arbeitnehmern die Mitsprache in Führungsgremien von Unternehmen garantieren. In insgesamt 19 von 31 Ländern des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) dürfen Arbeitnehmervertreter im Aufsichts- oder Verwaltungsrat mitentscheiden. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Analyse von Aline Conchon für das European Trade Union Institute (ETUI).

Arbeitnehmervertretungen seien so weit verbreitet, dass sie als „zentrale Komponente des europäischen Sozialmodells“ gelten können, schreibt die Autorin. Anders als häufig angenommen sei die Mitbestimmung nicht an eine dualistische Unternehmensführung geknüpft, bei der Geschäftsführung und Aufsichtsrat voneinander getrennt sind. Auch in Ländern, in denen Unternehmen traditionell über ein einziges Führungsgremium verfügen, könnten Beschäftigte mitreden, etwa in Frankreich, Norwegen oder Schweden. In den allermeisten Ländern seien die Regeln rechtlich bindend. Das heißt: Ein Unternehmen, das die Voraussetzungen erfüllt, ist dazu verpflichtet, Arbeitnehmer in sein Führungsgremium aufzunehmen. Eine Ausnahme stellten die nordischen Länder dar. Dort könnten die Arbeitnehmer oder die in den Unternehmen präsenten Gewerkschaften selbst entscheiden, ob und wie sie ihre Rechte wahrnehmen möchten.

## Mitbestimmung nicht nur in Deutschland

„Die Art und Weise, in der die Arbeitnehmervertretung mit Entscheidungsbefugnis im Verwaltungs- beziehungsweise Aufsichtsrat in verschiedenen europäischen Ländern funktioniert, weist beträchtliche Unterschiede auf“, so die Autorin. Dennoch ließen sich drei Gruppen gut unterscheiden:

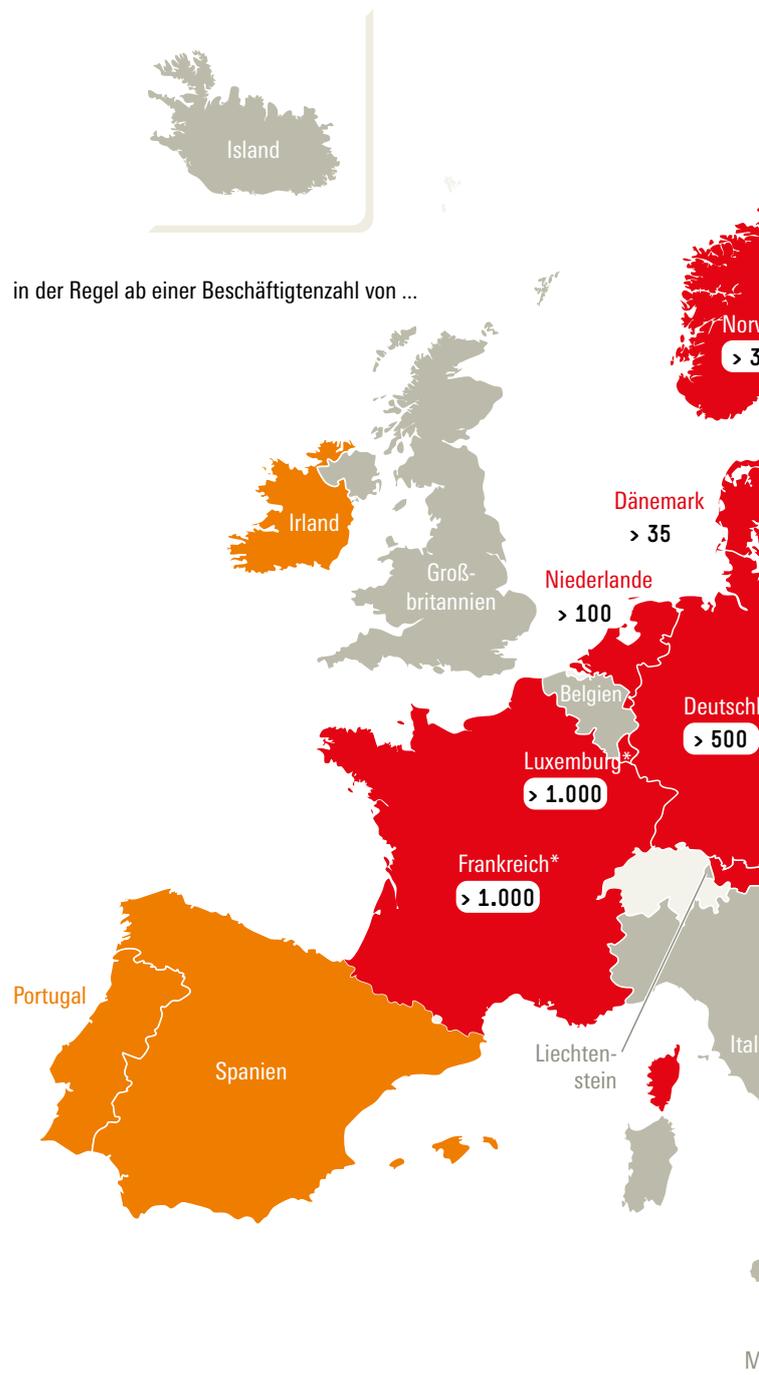
- ▶ 13 Länder haben weitreichende Mitbestimmungsrechte, die im öffentlichen wie im privaten Sektor gelten, also in staatlichen Unternehmen, Aktiengesellschaften und GmbHs. Dazu zählen Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Kroatien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweden, Slowakei, Slowenien und Ungarn.
- ▶ In sechs Ländern beschränken sich die Mitwirkungsrechte auf staatliche Unternehmen. Dies gilt für Griechenland, Irland, Polen, Portugal, Spanien und Tschechien. In Polen gibt es Mitbestimmung zudem in ehemaligen Staatskonzernen.
- ▶ Zwölf Länder sehen fast keine Beteiligung der Arbeitnehmer vor: Belgien, Bulgarien, Estland, Großbritannien, Island, Italien, Lettland, Liechtenstein, Litauen, Malta, Rumänien und Zypern.

Die Regeln in den einzelnen Ländern seien nicht statisch, sondern wandelten sich ständig, betont Conchon. Insbesondere die längst noch nicht überall bewältigte Finanzkrise könne weitere Veränderungen nach sich ziehen – im Guten wie im Schlechten: „In den derzeit turbulenten Zeiten könnte die Förderung von mehr Unterrichtung, Anhörung und Mitbestimmung in der Corporate Governance deshalb ein wichtiges Mittel

## Wo Arbeitnehmer mitentscheiden

Das Recht auf Mitbestimmung in Führungsgremien gibt es ...

in staatlichen und privaten Unternehmen vorwiegend in staatlichen Unternehmen



\* gilt nicht für staatliche Unternehmen \*\* nur GmbHs, bei AGs kein Schwellenwert, sofern ein Betriebsrat existiert

sein, die Unternehmen zum Überleben und Wachsen zu befähigen“, schreibt Conchon. Es gebe Belege dafür, dass europäische Länder mit weitreichenden Mitbestimmungsrechten eine deutlich bessere wirtschaftliche Entwicklung zeigen als Länder mit vergleichsweise wenigen Rechten. Das zeige das Beispiel Deutschland: Dass die Bundesrepublik besonders gut durch die Krise gekommen ist, sei unter anderem dem deutschen Mitbestimmungssystem zu verdanken. Auch das Euro-

päische Parlament und die EU-Kommission hätten anerkannt, dass die Beteiligung von Arbeitnehmern helfen könnte, Krisen zu vermeiden.

Trotzdem sei die Mitbestimmung gerade in den am stärksten von der Krise betroffenen Nationen geschwächt worden. Besonders in Irland, Griechenland und Spanien seien viele Unternehmen auf Druck des Internationalen Währungsfonds, der EU-Kommission und der Europäischen Zentralbank privatisiert worden. Mit der Privatisierung sei die Mitbestimmung in den betroffenen Firmen praktisch abgeschafft worden, da Arbeitnehmervertreter in diesen Ländern ausschließlich in Staatsunternehmen vorgesehen seien. Mitunter schränken auch die nationalen Gesetzgeber das Recht auf Mitsprache ein, so wie in Tschechien: Das tschechische Parlament habe 2012 ein neues Gesellschaftsgesetz verabschiedet, das die bis dahin obligatorische Beteiligung von Arbeitnehmern in Privatunternehmen außer Kraft setzte.

## Rechtsform verhindert Mitbestimmung

Auf gesamteuropäischer Ebene droht ebenfalls Gefahr: Es zeichne sich ein „regulatorischer Wettbewerb“ ab, konstatiert Conchon. Unternehmen hätten die Möglichkeit, „sich verschiedene einzelstaatliche regulatorische und gesetzliche Rahmen anzusehen“, um schließlich den mit den weichsten Vorgaben auszuwählen. Die Verpflichtung, eine Arbeitnehmervertretung einzusetzen, lasse sich auf diese Weise umgehen. So könnten Unternehmen ihren Firmensitz in einem „arbeitnehmervertreterfreien“ Land – zum Beispiel als britische Aktiengesellschaft – eintragen lassen. Nach Daten der Hans-Böckler-Stiftung bedienen sich bereits heute 94 deutsche Unternehmen einer ausländischen Rechtsform, sie firmieren beispielsweise als „Ltd. & Co. KG“. Durch eine Lücke im deutschen Mitbestimmungsgesetz gibt es bei diesen Firmen im Aufsichtsrat keinerlei Mitbestimmung mehr.

Durch die geplante sogenannte Ein-Personen-Gesellschaft (Societas Unius Personae, SUP) könnte die Flucht vor der Mitbestimmung künftig sogar noch angeheizt werden. Die EU-Kommission will die Ein-Personen-Gesellschaften einführen, um eine europäische Rechtsform zu schaffen, die auch von kleinen und mittleren Unternehmen genutzt werden kann. Auch die Gründung von Tochtergesellschaften im Ausland soll vereinfacht werden. Tatsächlich würde die EU dadurch „die Gründung von Briefkastenfirmen“ erleichtern, meint Conchon. Unternehmen könnten damit unter einem vermeintlich seriösen Deckmantel ihren rechtlichen Firmensitz und den Ort des operativen Geschäfts voneinander trennen – und sich aussuchen, unter welches nationale Gesellschaftsrecht sie fallen.

Andererseits gebe es Forderungen aus Politik und Gewerkschaften nach einer Stärkung der Beteiligung von Arbeitnehmern. Der Europäische Gewerkschaftsbund habe vorgeschlagen, dass Mitbestimmungsrechte in ganz Europa und für alle europäischen Gesellschaftsformen gelten sollten. Über eine EU-Richtlinie ließe sich ein Mindeststandard sicherstellen. Weitergehende nationale Mitbestimmung bliebe hierbei unberührt. <

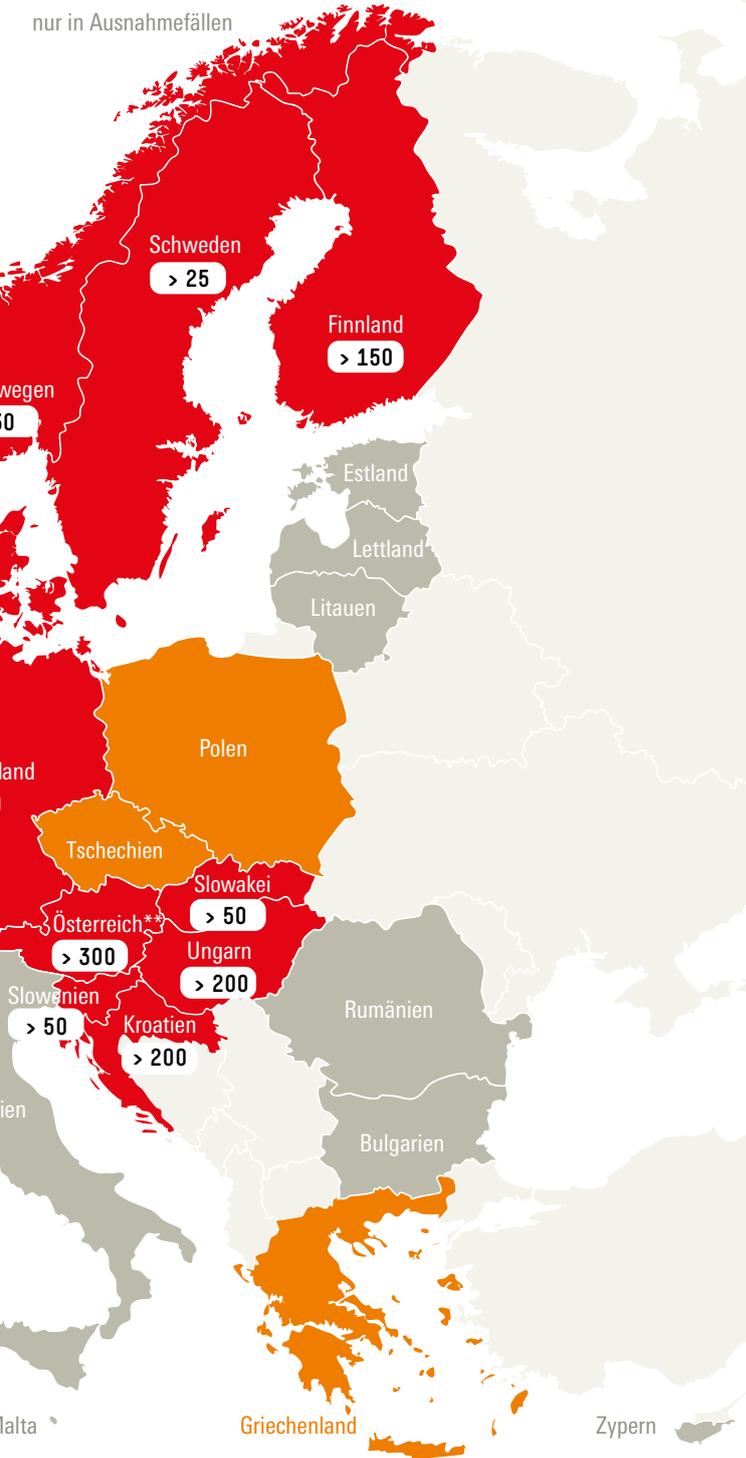
Quelle: Aline Conchon: Die Mitsprache der Arbeitnehmer in der Corporate Governance. Eine europäische Perspektive, ETUI Bericht 135, Dezember 2015 Download: [bit.do/impuls218](http://bit.do/impuls218)



### MEHR LESEN

Die Analyse von Aline Conchon fußt auf einem [Forschungsprojekt](#), das die Hans-Böckler-Stiftung gefördert hat. Mehr dazu beinhaltet die aktuelle

Veröffentlichung: Jeremy Waddington and Aline Conchon: Board-level Employee Representation in Europe. Priorities, Power and Articulation, New York, 2016



## LÖHNE

# Plus bei der Kaufkraft

Arbeitnehmer dürfen sich über deutlich höhere Löhne freuen. Das liegt an Tarifsteigerungen und dem Mindestlohn.

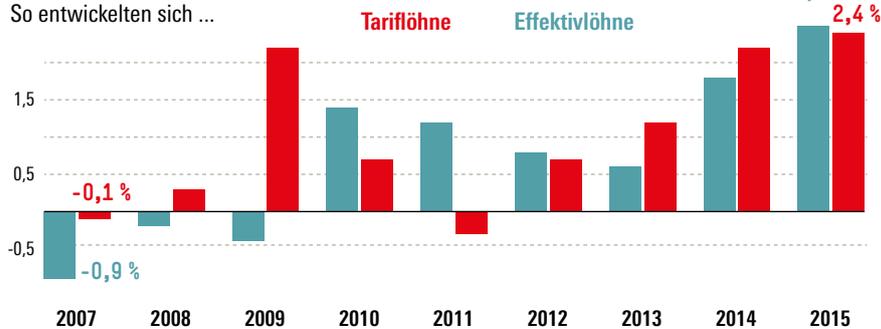
Die Tariflöhne sind 2015 erneut spürbar gestiegen: Sie legten um 2,7 Prozent zu, die Verbraucherpreise stiegen gleichzeitig lediglich um 0,3 Prozent. Daraus ergibt sich ein reales Lohnwachstum von 2,4 Prozent, wie die aktuelle Tarifbilanz des WSI zeigt. „Das ist der höchste Wert seit dem Jahr 2000“, sagt Reinhard Bispinck, Leiter des WSI-Tarifarchivs.

Bei den effektiven Bruttoeinkommen – hier fließen unter anderem auch die Einkommen von Beschäftigten ein, die nicht nach Tarif bezahlt werden – fiel der Zuwachs im vergangenen Jahr ebenfalls hoch aus: Die Bruttolöhne sind nominal um 2,8 Prozent gestiegen, preisbereinigt bedeutet dies einen Anstieg um 2,5 Prozent. Der neu eingeführte gesetzliche Mindestlohn dürfte dazu beigetragen haben, dass die Bruttoeinkommen erstmals seit längerer Zeit wieder etwas stärker als die Tarifeinkommen gestiegen sind.

Die Ausgangssituation für die Tarifrunde 2016 ist nach Auffassung des Tarifexperten günstig: „Um den überwiegend von

## Löhne legen kräftig zu

So entwickelten sich ...



Quelle: WSI-Tarifarchiv 2016 Grafik zum Download: [bit.do/impuls0219](http://bit.do/impuls0219) Daten: [bit.do/impuls0220](http://bit.do/impuls0220)

Hans Bäckler  
Stiftung

der Binnennachfrage getragenen Aufschwung zu stabilisieren, kommt es auf eine kräftige Lohnentwicklung an“, sagt Bispinck. „Sie kann dazu beitragen, eine besser balancierte wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland zu fördern.“ <

Quelle: Bilanz der Tarifpolitik, WSI-Tarifarchiv, Januar 2016 Download: [bit.do/impuls0221](http://bit.do/impuls0221)

## KONJUNKTUR

# Investitionen sichern Aufschwung

Deutschland muss die Binnennachfrage weiter stärken. Investitionen in Infrastruktur und Bildung sind dringend nötig.

Deutschland hat sich lange allein auf seine starke Exportwirtschaft verlassen. Inzwischen ist jedoch kaum noch zu übersehen, dass das einseitige Wirtschaftsmodell nicht auf Dauer trägt: Es sei sehr riskant, auf exportgetriebenes Wachstum zu setzen, heißt es im wirtschaftspolitischen Jahresausblick des IMK. Die Nachfrage aus China und anderen Schwellenländern gehe zurück, die Unsicherheit in der Welt nehme zu. Die Ökonomen fordern, dass die Binnennachfrage, die in den vergangenen Jahren bereits an Bedeutung gewonnen hat, weiter gestärkt und deutlich mehr investiert wird. Eine weitere Steigerung der Löhne sei dafür unerlässlich.

Dem lebhaften privaten Konsum der Deutschen sei zu verdanken, dass es für einen kleinen Aufschwung in diesem Jahr reicht. In ihrer aktuellen Prognose gehen die Experten davon aus, dass das Bruttoinlandsprodukt 2016 um durchschnittlich 1,8 Prozent wachsen wird.

Dringenden Handlungsbedarf sehen die Ökonomen bei öffentlichen Investitionen: Deutschland habe jahrelang zu wenig

in Infrastruktur und Bildung investiert, dies müsse nun nachgeholt werden. Genügend Mittel seien vorhanden, sie müssten nur konsequent genutzt werden. Nach Berechnung der IMK-Forscher könnten die öffentlichen Ausgaben 2016 ohne Weiteres um 30 Milliarden Euro erhöht werden, ohne die Schuldenbremse und europäische Regeln zu verletzen. Um den Verfall der Infrastruktur zu stoppen, seien jährlich zusätzliche Ausgaben in zweistelliger Milliardenhöhe notwendig.

Eine Gefahr, dass die deutsche Wirtschaft durch zusätzliche fiskalische Impulse heiß laufen könnte, bestehe nicht: Schließlich dürfe nicht vernachlässigt werden, dass die Zahl der Arbeitslosen mit 2,6 Millionen immer noch hoch liegt, zumal dabei weder Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen erfasst seien noch solche, die ihre Arbeitszeit gerne erhöhen würden oder sich desillusioniert vom Arbeitsmarkt abgewandt haben.

Immerhin habe sich der gesetzliche Mindestlohn schon im ersten Jahr seit der Einführung bewährt: „Der Mindestlohn hat dazu beigetragen, einen fatalen Trend nach unten zu stoppen“, so das IMK. Allein schon deshalb führten Forderungen, die Untergrenze zu senken oder für Flüchtlinge auszusetzen, in die Irre. „Die starke Zuwanderung kann eine Chance darstellen, wenn Zuwanderer ausreichend qualifiziert werden. Wir brauchen keine große Zahl von jungen Hilfsarbeitern, die zu Dumping-Löhnen arbeiten, sondern Beschäftigte, die fit sind für unsere moderne Wirtschaft.“ <

Quelle: Gustav Horn u.a.: Wirtschaftspolitische Herausforderungen 2016. Fundament der Erholung ausbalancieren, IMK-Report 111, Januar 2016 Download: [bit.do/impuls0222](http://bit.do/impuls0222)

# Jedes fünfte Kind lebt in Armut

Die Kinderarmut verharrt auf hohem Niveau. Flüchtlingsfamilien sind besonders gefährdet.

Wer jünger als 18 ist, muss sich oft mit prekären Lebensverhältnissen arrangieren: 19 Prozent der Kinder in Deutschland lebten 2014 in einkommensarmen Haushalten. Das zeigt eine Analyse, für die WSI-Forscher Eric Seils aktuelle Daten des Mikrozensus ausgewertet hat. Demnach schneidet Bremen mit einer Quote von 33,1 Prozent von allen Bundesländern und Regierungsbezirken am schlechtesten ab, gefolgt von Sachsen-Anhalt mit 28,7 und Leipzig mit 27 Prozent. Die Regionen mit der niedrigsten Kinderarmut sind Oberbayern mit 9,1 Prozent, die Oberpfalz mit 9,6 Prozent und Tübingen mit 10,5 Prozent. Generell ist die Situation in Ostdeutschland, wo der Anteil der armen Kinder 24,6 Prozent beträgt, ungünstiger als im Westen, wo es 17,8 Prozent sind.

Zurückzuführen sind diese regionalen Differenzen nach Seils' Einschätzung vor allem auf unterschiedliche Arbeitsmarktbedingungen. Außerdem spielen die Zusammensetzung der Haushalte eine wichtige Rolle: Alleinerziehende, deren Anteil unter anderem in Bremen und den neuen Bundesländern relativ hoch, in Süddeutschland dagegen geringer ist, seien stärker gefährdet als Paare.

Vom Einfluss der Arbeitsmarktsituation zeugt auch die Entwicklung der vergangenen zehn Jahre in Ostdeutschland: Dort ist die Arbeitslosenquote seit 2005 um mehr als zehn Prozentpunkte, die Kinderarmut um 4,4 Prozentpunkte gesunken. Unerfreulich fällt die Bilanz dagegen in Nordrhein-Westfalen aus, wo der Anteil der armen Kinder seit 2005 von 20,4 auf 23,6 Prozent zugenommen hat. Der Regierungsbezirk Düsseldorf ist mit 25,1 Prozent mittlerweile die Region mit der zweithöchsten Kinderarmut in Westdeutschland.

Merkliche Auswirkungen dürfte Seils zufolge die steigende Zahl von Asylsuchenden haben. Anlass zu dieser Einschätzung geben die Armutsquoten von Familien mit Kindern, die in der Vergangenheit eingewandert sind. Afrikaner mit Nachwuchs weisen mit 43,6 Prozent, Familien aus dem Nahen und Mittleren Os-

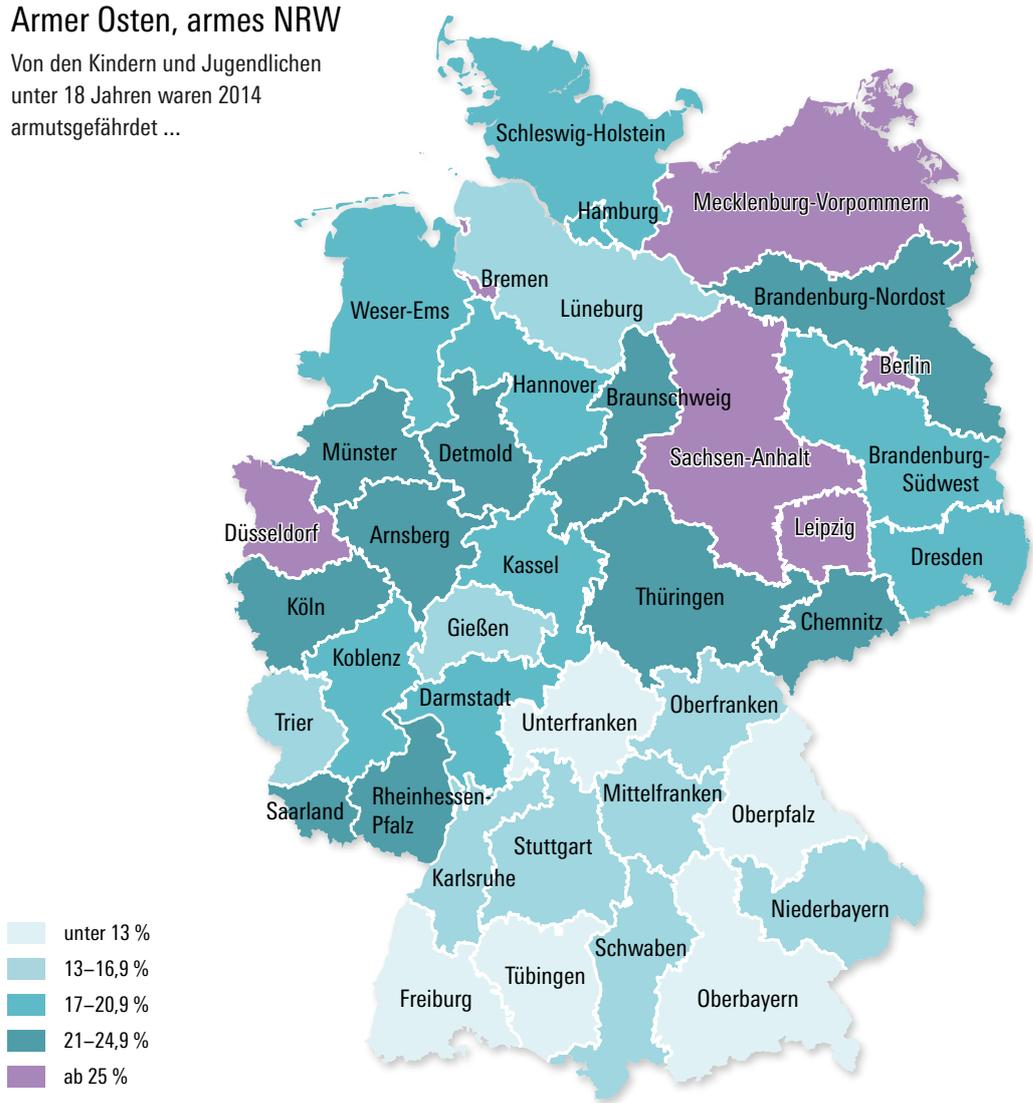
ten mit 34,6 Prozent ein deutlich erhöhtes Armutsrisiko auf. Ein zentraler Grund: Unter Afrikanern sei die Arbeitslosenquote mit 14,3 Prozent fast dreimal so hoch wie in der Gesamtbevölkerung, so der WSI-Experte. Auch der Anteil der Minijobber liege weit über dem Durchschnitt.

Seils' Fazit: Die Kinderarmut sei zuletzt zwar leicht zurückgegangen – von 19,2 Prozent im Jahr 2013 auf 19 Prozent 2014. Die wachsende Zahl von Flüchtlingen dürfte sich aber in einem erneuten Anstieg niederschlagen. Um dem entgegenzuwirken, sei eine stabile Integration in den Arbeitsmarkt entscheidend. Wichtige Voraussetzungen dafür seien mehr Investitionen in die Qualifizierung von Zuwanderern und ausreichend Kinderbetreuungsplätze. <

Quelle: Eric Seils: Kinderarmut in Deutschland, WSI-Verteilungsmonitor Special Feature, Januar 2016 Download: [bit.do/impuls0223](http://bit.do/impuls0223)

## Armer Osten, armes NRW

Von den Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren waren 2014 armutsgefährdet ...



Quelle: WSI 2016 Link zur interaktiven Karte: [bit.do/impuls0224](http://bit.do/impuls0224) Daten: [bit.do/impuls0225](http://bit.do/impuls0225)

Hans Böckler Stiftung

# IMPRESSUM

Herausgeber: Hans-Böckler-Stiftung  
 Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon: +49 211 77 78-0  
 Verantwortlicher Geschäftsführer: Dr. Wolfgang Jäger  
 Leiter Öffentlichkeitsarbeit: Rainer Jung  
 Redaktion: Philipp Wolter (Leitung), Sabrina Böckmann, Jörg Hackhausen,  
 Dr. Kai Kühne  
 redaktion-impuls@boeckler.de  
 Telefon: +49 211 77 78-631, Telefax: +49 211 77 78-4631  
 Druck und Versand: Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf  
 Nachdruck nach Absprache mit der Redaktion und Angabe der Quelle frei  
[www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

## ARBEITSMARKT

### Erstmal Pause nach dem Turbo-Abi

Für den Arbeitsmarkt bleibt der erhoffte Effekt der Verkürzung der Schulzeit auf zwölf Jahre anscheinend aus. Laut einer aktuellen Studie führt das Turbo-Abi dazu, dass weniger Abiturienten im ersten Jahr nach dem Schulabschluss ein Studium aufnehmen. Stattdessen nutzen sie das Jahr häufiger für einen Auslandsaufenthalt oder einen Freiwilligendienst. Im Osten sinkt die Studierneigung insgesamt, weil sich mehr Abiturienten für eine Berufsausbildung entscheiden.

Quelle: IZA, Januar 2016 [bit.do/impuls0226](http://bit.do/impuls0226)

## STRESS

### Woher die Hetze kommt

Zu Zeitdruck am Arbeitsplatz kommt es durch ...



Quelle: DGB, Dezember 2015 [bit.do/impuls0228](http://bit.do/impuls0228)



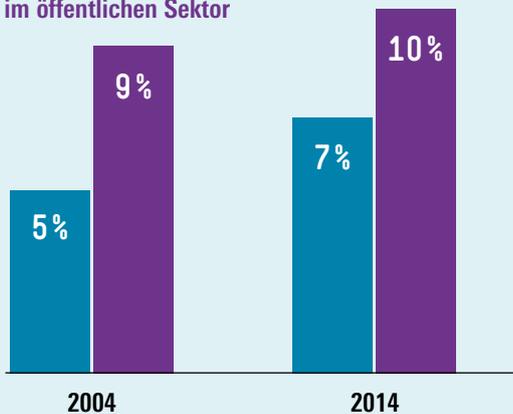
## BEFRISTUNGEN

### Prekär beschäftigt beim Staat

Befristete Arbeitsverträge spielen im öffentlichen Sektor eine deutlich größere Rolle als in der Privatwirtschaft. Betroffen sind vor allem Berufseinsteiger im öffentlichen Dienst. Besonders hoch ist der Anteil in der Wissenschaft: Wissenschaftliche Mitarbeiter mit Arbeitnehmerstatuts haben zu 90 Prozent eine befristete Stelle. Zudem werden die befristet Beschäftigten im öffentlichen Sektor seltener übernommen als in der Privatwirtschaft.

Befristet beschäftigt waren ...

in der Privatwirtschaft  
im öffentlichen Sektor

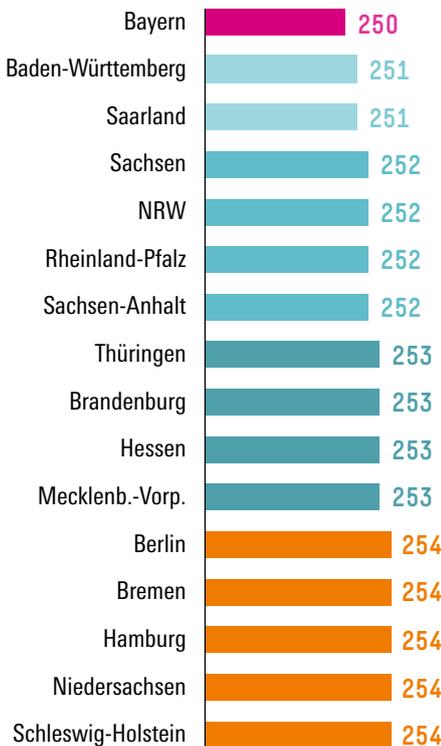


Quelle: IAB, Dezember 2015 [bit.do/impuls0227](http://bit.do/impuls0227)

## ARBEITSZEIT

### Bayern hat die meisten Feiertage

So viele Arbeitstage hat das Jahr 2016 in ...



Quelle: DGB, Dezember 2015 [bit.do/impuls0229](http://bit.do/impuls0229)



## GENDER

### Lücke zwischen Wunsch und Wirklichkeit

Familie und Beruf, so die 30- bis 59-Jährigen, ...



Allensbach, September 2015 [bit.do/impuls0230](http://bit.do/impuls0230)

## GESUNDHEIT

### Zu wenig Zeit zum Erholen

Wenn sich Beschäftigte am Feierabend nicht richtig erholen können, liegt es daran, dass ...



DGUV, Dezember 2015 [bit.do/impuls0231](http://bit.do/impuls0231)